

## **GVP / Gesamtdeutsche Volkspartei – Von Heinemann, Rau, Eppler zu Willy Brandt**

Die Gesamtdeutsche Volkspartei war eine Kleinpartei in der Bundesrepublik Deutschland, die die Westintegration, wie sie von Bundeskanzler Konrad Adenauer angestrebt wurde, ablehnte. Die Partei wurde 1952 gegründet, löste sich aber mangels Wahlerfolgen 1957 wieder auf.

Gründer: Gustav Heinemann<sup>1</sup>

### 04/1953 **Gesamtdeutsche Volkspartei will Ost-West-Gegensätze mildern<sup>2</sup>**

Garmisch-Partenkirchen. Die Gesamtdeutsche Volkspartei veranstaltete am Mittwochabend im „Bayernstüberl“ eine öffentliche Versammlung, zu der die angesagte Rednerin, Bundestagsabgeordnete Frau Helene Wessel, nicht erschien. Ein Sprecher der Partei erklärte zur Begrüßung, dass es ihm völlig unerklärlich sei, wieso das «Garmisch-Partenkirchner Tagblatt» Frau Helene Wessel als Referentin für diesen Abend angekündigt habe. (Die Landesbeauftragte für Bayern der Gesamtdeutschen Volkspartei, C. Küpper, hatte jedoch unsere Redaktion mit Brief vom 13. 4. 53 um eine diesbezügliche Vorankündigung gebeten. Die Red.)

Otto von Pasewalk befasste sich mit einem Überblick über die entscheidenden Artikel des Deutschlandvertrages und der vertraglichen Abmachungen zur europäischen Verteidigungsgemeinschaft in kritischer Würdigung mit der bisher erreichten Situation. „Die GVP lehnt die Verträge in ihrer gegenwärtigen Form ab“, erklärte er. Immerhin werde jedoch der Deutschlandvertrag u. der EVG-Vertrag erst 24 Std. nach der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden durch den letzten der sechs beteiligten Staaten rechtskräftig. Somit werde es noch eine Weile bis zur Verwirklichung der vertraglichen Bestimmungen dauern. Doch schon jetzt lasse sich erkennen, dass man in militärischer Hinsicht bereits so tue, als ob die Verträge schon rechtskräftig wären.

Die GVP sei der Ansicht, dass der Generalvertrag keineswegs eine Aufnahme der Bundesrepublik in den Kreis der freien Völker bedeute, sondern im Gegenteil darüber hinaus auch die deutsche Wiedervereinigung sehr erschwere.

Ganz besonders kritisch setzte sich der Sprecher mit den sogenannten Notstandsparagrafen auseinander, die dann rechtswirksam würden, sobald einer der beteiligten drei Staaten feststellt oder befürchtet, dass eine Gefahr — eine schwere Störung der Sicherheit der demokratischen Grundordnung — im Verzuge ist. Immerhin sei festzustellen, dass eine Regierung, die freiwillig solche Verträge unterschreibt, sich damit automatisch völlig den vernünftigen oder unvernünftigen Entscheidungen der drei Mächte während der Vertragsdauer (50 Jahre) ergebe. Nach einer Definition des Begriffes der deutschen bzw. europäischen Ostgrenze, die dem Redner einige Zwischenrufe einbrachte, erklärte dieser, dass seiner Mei-

---

<sup>1</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Gesamtdeutsche\\_Volkspartei](https://de.wikipedia.org/wiki/Gesamtdeutsche_Volkspartei)

<sup>2</sup> GPT 00.04.1953

nung nach eine Bedrohung aus dem Osten nicht gegeben sei. Wenn die ehemaligen Verbündeten des zweiten Weltkrieges untereinander Streitigkeiten hätten, so sei das in rechtlicher Hinsicht für Deutschland insofern belanglos, als es nicht befugt sei, sich aktiv in diese Streitigkeiten einzumischen. Eine Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands sei nur dann möglich, wenn man sich an die Potsdamer Bestimmungen halte.

Als zweiter Sprecher erklärte das Mitglied der GVP Friedrich, dass man sich nicht „von dem Rauch der noch rasch vor den Wahlen verbilligten Zigaretten politisch einnebeln“ lassen solle. Niemals dürften die 20 Millionen Menschen hinter dem Eisernen Vorhang vergessen werden. Die neuesten sowjetischen Verhandlungsangebote seien keineswegs ein Beweis von Schwäche, führte der Redner aus und meinte, dass ein Krieg zwischen den „rohstoffmäßig überlegenen USA“ und der „praktisch unbesiegbaren Sowjetunion“ zu einer vollständigen Vernichtung des Kriegsschauplatzes Deutschland führen würde. Dies sei der Grund, warum man alles tun müsse, um die Gegensätze zwischen Ost und West zu mildern.

Im Rahmen einer Diskussion erklärte eine ZuhörerIn aus der Versammlung, dass sie über das von den Rednern skizzierte politische Niveau erschüttert sei. Man dürfe keineswegs die Schuld der Sowjetunion übersehen, die zum Entstehen der gegenwärtigen Situation geführt habe. Außerdem dürfte man nicht alle positiven Leistungen, die in der Bundesrepublik seit Kriegsende vollbracht worden seien, verleugnen, sondern müsse sich bemühen, gemeinsame Wege zu finden, wenn man seinem Volk dienen wolle. Auch in einem weiteren Diskussionsbeitrag äußerte ein Sprecher seine Enttäuschung über die Versammlung.

GPT 1953